

amten Bevölkerung der betreffenden Staaten verteilt werden, wobei Deutschland in empfindlicher Weise zu kurz kommen würde, oder soll bei der Verteilung auch die Bedeutung der jeweiligen Industrie eine Rolle spielen? Man braucht nur diese Fragen in aller Kürze aufzuwerfen, um zu erkennen, wie schwierig und bedeutungsvoll gerade die Behandlung dieser Willson'schen Forderung ist.

Wierens verlangt Willson die Einschränkung der Räumungen. Auch hier kann Deutschland mit Freude und Begeisterung zustimmen, insbesondere dann, wenn sich diese Einschränkung nicht nur auf die Rüstungen zu Lande, sondern auch auf die zu Wasser bezieht. Die durch den Krieg hervorgerufene Belastung aller Staaten, selbst der neutralen, ist eine so gewaltige, daß es ohne eine Rüstungseinschränkung nicht geht, wenn anders die kulturellen und sozialen Aufgaben nicht völlig erdrückt werden sollen. Deutschland wird bei Kriegsende z. B. mindestens eine Schuldenlast von 100 bis 180 Milliarden haben, die eine jährliche Verzinsung und Amortisation von, sagen wir, neun Milliarden erforderlich macht — mit drei Milliarden Mark Balance der Reichskasse vor dem Kriege. Durch neue Steuern wird dieser riesige Bedarf Jahr für Jahr nicht aufgebracht werden können. In der Verminderung der Rüstungen bietet sich deshalb eine Quelle für Ersparnisse, ohne die die Sanierung der finanziellen Lage nicht denkbar ist.

In seinem fünften Punkte bekräftigte sich Willson mit den kolonialen Ansprüchen. Die Interessen der betroffenen Bevölkerung sollen ihre Beachtung finden und ebenso die berechtigten Ansprüche der Regierungen. Nimmt man diese Forderung, wie sie sich ihrem Wortlaut nach liest, ist man bereit, was vielleicht hineingelegt werden könnte, dann kann aus dieser Programmpunkt nicht unwillkommen sein. Zu den „berechtigten Ansprüchen“ dürfte auch gehören, daß ein Land wie das Deutsche Reich ohne umfangreichen, entwicklungsfähigen Kolonialbesitz nicht leben kann.

Sodann verlangt Willson in seinem sechsten Punkte die Räumung des ganzen russischen Gebietes; freie Mitwirkung aller Nationen an dem künftigen Sozialplan. Banners Rede in Stuttgart sah hier noch vor, daß der Welt-Konferenz Friede unbedingtheitlich bei weiteren Verhandlungen bleiben sollte. Dieser Standpunkt ist inzwischen verlassen worden und auch in dem Programm der Westseite des deutschen Reichstages ist die Behandlung der russischen Fragen auf einem allgemeinen Friedenskongreß vorgesehen. Zudem hat der Reichstagskanzler in seiner Sonnabend-Rede bereits von einem weitgehenden Selbstbestimmungsrechte der Randstaaten gesprochen, für das Willson gleichfalls eintritt. Die gemeinsamen Berührungspunkte treten hier bereits deutlicher hervor.

Weiter: Räumung und Wiederaufrichtung Belgiens; die belgische Souveränität soll in keiner Weise eingeschränkt werden. Der eine Teil dieser Forderung ist deutschseits bereits zugestanden worden. Auch eine Entschädigung Belgiens ist bereits in Aussicht genommen. Dazu würde sich noch der Wunsch auf eine jährliche finanzielle Unterstützung auf das Maß der ständigen Frage. Immerhin ließe sich hier vielleicht mit Bezug auf die Gedanken Willsons über das Nationalitätenproblem eine Verknüpfung des früheren Zustandes erzielen.

Unter 8 verlangte Willson im Januar d. J. Räumung Nordfrankreichs. Weiter: Die besetzten Teile sollen wieder hergestellt werden. Mit deutschem Gelde? Die Forderungen wurden bekanntlich viel mehr durch britische, amerikanische und französische Munition bereitgestellt als durch deutsche. Aber Frankreich hat bereits in den letzten Tagen deutlich seine Ansprüche angemeldet, wobei Summen von 13 bis 15 Milliarden Franken genannt wurden. „Das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde, soll nie wieder gut gemacht werden.“ Nicht soll oder muß, sondern sollte! Genügt dem Präsidenten Amerikas das die Autonomie Elsaß-Lothringens innerhalb eines Deutschen Reiches, wovon Prinz Max von Baden am Sonnabend gesprochen hat? Hier könnten leicht unüberbrückbare Gegensätze aufsteigen, denn auch die Sozialdemokratie will bekanntlich das umstrittene Land nicht dem Deutschen Reich tauschen lassen.

Punkt 9 besagt: „Es müßte eine Berichtigung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren nationalen Bestehende durchgeführt werden.“ Was ist klar erkennbar? Die Gebiete, die Italien beansprucht, sind fast von Slawen oder von Deutschen durchsetzt. Die Forderung sinngemäß angewandt, müßte sich Italien noch ein großes Maß von Selbständigkeit aneignen.

Sodann verlangt Willson autonome Entwicklung für die verschiedenen Nationalitäten Oesterreichs. Hat der Präsident Amerikas eine Autonomie innerhalb der alten schwarz-weißen Grenzpläne im Auge? Dann wäre dieser Forderung durch die von Oesterreich eingeleiteten Besprechungen Rechnung getragen. Oder meint er eine Autonomie außerhalb des bisherigen Rahmens der habsburgischen Monarchie, was die völlige Aufteilung Oesterreichs bedeuten würde?

Rumänien, Serbien und Montenegro sollen geräumt werden. Desterreich-Ungarn würde danach den Gebietsstreifen an der ungarischen Grenze wieder verlieren, der ihm im Balkanfrieden zuerkannt wurde. Der freie Zugang Serbiens zur See, den Willson gleichfalls verlangt, könnte durch einen Korridor durch Albanien, vielleicht auch durch einen Zusammenstoß mit Montenegro erreicht werden. Im übrigen aber soll nach Willson das Nationalitätenprogramm auf dem Balkan entscheidend sein.

Unter 12 fordert Willson unbedingte Selbständigkeit der rein türkischen Teile des osmanischen Reiches. Den übrigen Nationalitäten unter der türkischen Herrschaft soll eine autonome Entwicklung zugesichert werden. Auch hier kann man die Frage aufwerfen: Unter türkischer Oberhoheit oder unter staatlicher Unterwerfung? Hierbei ist daran zu erinnern, daß Frankreich und England nach ihrem gemeinsamen Willkommen zuletzt damit beschäftigt sind, neue Taktiken in Palästina, Mesopotamien und Serbien zu schaffen, die sich nicht mit dem Wortlaut der Wünsche Willsons vertrügen. Die drei Durchführer

durch die Dardanellen, die hier gleichfalls gefordert wird, wollte die Türkei ohnehin konsolidieren.

Der nächste Punkt 13 hat wieder für Deutschland großes Interesse. Er fordert: Einen unabhängigen polnischen Staat, der alle Länder umfaßt, die von einer ungeweihten polnischen Bevölkerung bewohnt sind, der eine gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt. Hiernach würden einmal Teile Galiziens, die ungeweihten polnischen Natur sind, an Polen fallen müssen. Von einer ostro-polnischen Lösung der Frage könnte keine Rede mehr sein, der Streit zwischen Berlin und Wien wäre gegenstandslos geworden. Die selbstbewußten Bemerkungen des Reichstagsredners Sedgwick in der letzten Reichstagsagung haben uns aber auch gezeigt, daß man auf der Gegenseite unter „ungeweihten polnischen Gebieten“ auch solche versteht, die bisher innerhalb der schwarz-weißen Grenzpläne lagen und die einen wichtigen Bestandteil des bisherigen Deutschen Reiches ausmachten. Von einer Erteilung solcher phantastischen Forderungen, die sich auf Grenzlinie Oberschlesiens und auf Gebiete Polens richten, kann keine Rede sein, wenn anders Deutschland nicht den Entschluß auf Tod und Leben vorziehen soll, von dem der Reichstagskanzler gesprochen hat.

Endlich verlangt Willson in seinem 14. Punkte den oft gestreuten Wälderband.

Diese knappe Aufzählung kennzeichnet die ungeheuerliche Fülle von Aufgaben, die ein künftiger allgemeiner Friedenskongreß zu bewältigen hätte. Deutschland wird dabei mehr noch als durch den Wortlaut der von den Mittelmächten als Verhandlungsgrundlage anerkannten Willson'schen Forderungen betroffen durch den Geist, der in das Programm hineingelegt wird! Das Programm ist an sich ein erträglicher Frieden, aber auch zu einem unerträglichen führen, weil für die Einzelverhandlungen und für die Art der Auslegung ein überaus weites Spielraum besteht!

Oarl Helms.

Clémenceau lehnt das deutsche Friedensangebot ab.

Genf, 6. Oktober. Die Regierung Clémenceau hat sich bereit, auf den von Willson gerichteten Vorschlag zu antworten, und diese Bitte auf ein Anerkennen zu antworten, das nicht an die Forderung, erklärt sich wohl aus der Rücksicht, der amerikanischen Antwort zuvorkommen und sie, wenn möglich, zu binden. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Willson'schen Forderungen nicht mehr mit dem Willen Clémenceaus beugen. Die Antwort der französischen Regierung ist natürlich eine glatte Ablehnung, die in jenem förmlichen Ton gehalten ist, wie er Clémenceau eigen. Im übrigen bezieht sie sich auf jenes stolze Wort der Konvention: „Man verhandelt nicht mit einem Feinde, der auf unserem Boden steht.“ Im einzelnen enthält die Saas-Note:

„Der Vorschlag Deutschlands und seiner Alliierten, den zum Plane der erwarteten Friedensoffensive. Obwohl die französische Regierung nach ihrer offiziellen Kenntnis davon hat, kann man doch voraussetzen, in welcher Weise sie den Vorschlag aufnehmen wird. Unter den gegenwärtigen Umständen kann die Antwort nur eine glatte Ablehnung sein.“

Die Note führt dann aus, daß der Schritt eine Folge der Kriegsmüdigkeit zweier Alliierten und die Folge der inneren Krisis sei.

Ein dunkler Tag.

Ein überalterter Schritt? — Unbelebende Antwort in Aussicht.

Unter der Feder des „Ein dunkler Tag“ steht sich Walter Rathenau in der „Voll. Stg.“ über den Friedensschritt der Mittelmächte aus. Wir registrieren diese Auslassungen als getreue Chroniken, ohne uns damit die Aufstellung Rathenau's zu eigen zu machen:

Der Schritt war überleert. Wir alle wollen Frieden. Wir, die wenigen, haben gemahnt und gewarnt, als keine Regierung daran dachte, der Wahrheit ins Auge zu blicken.

Man hat man sich hinreihen lassen, im unreifen Augenblick, im unreifen Entschluß.

Nicht im Willen mußte man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Front befestigen.

Die Gegner mußten leben, daß der neue Geist des Staates und Volkes aus dem Geist und Willen der Kämpferen kräftigt. Dann mußte Willson gefragt werden, was er unter den verhängnisvollen seiner vierzehn Punkte versteht, vor allem über Elsaß-Lothringen, Polen und die Entschädigungen der westlichen Gebiete. Die verfrühte Bitte um Waffenstillstand war ein Fehler.

Das Land ist ungetroffen, seine Mittel unerföhrt, seine Menschen unermüdet. Wir sind genötigt, aber nicht geschlagen.

Die Antwort wird kommen. Sie wird unbelebend sein; mehr als das: zurückweisend, demütigend, überfordernd.

Der Schritt war richtig.

Wiederungen des Grafen Andrássy.

Budapest, 5. Oktober. Graf Julius Andrássy erklärte dem Reichsminister des „Lig. Cit.“ über die neue Friedensnote. Das Ergebnis des Schrittes ist natürlich nicht vorauszuweisen, was aber immer gelte, der Schritt war richtig. Ich glaube und hoffe, daß er zu einem ehrenhaften, für uns annehmbaren, der Situation angemessenen Frieden führen wird. Wenn aber die Feinde unsere volle Verantwortung wollen und mit diesen Interessen der nationalen Ehre unvereinbare Bedingungen stellen sollten, muß ich darauf hinweisen, daß wir mit ungetrohenen Rast da stehen und eine solche, den Interessen der ganzen Menschheit zuwiderlaufende Politik unserer Feinde teuer zu stehen kommen würde. Bei der Feststellung der Bedingungen wird auch mit der tatsächlichen Lage und mit unseren Friedensbedingungen gerechnet werden müssen.

Ein Erlaß des Königs von Bayern.

München, 6. Oktober. Folgender Erlaß des Königs wird bekanntgegeben:

„In mein Volk und Heer! Mehr als vier Jahre hat Ihr im Verein mit den Außerirdigen der anderen deutschen Staaten und unseren treuen Verbündeten dem Antium seit der ganzen Welt: groß, hat liebreich Eueren Namen weit hinein in die Länder der Feinde getragen, habt Selbstmitleid vollbracht, die in der Welt kein Beispiel finden. So habt Ihr den heiligen Boden des Vaterlandes, Haus und Hof, Hab und Gut, Weib und Kind und den heimlichen Feind vor den Schrecken des Feindes bewahrt. Eueren Namen haben die Feinde nicht gehört. Nicht umsonst kein Feind hat unsere Schmach betreten. A Vaterlandes Reich wird alle Feinde überdauern. Seine Majestät der Kaiser hat dem Frieden ergeben, um den nicht endenwollenden Außerirdigen ein Ende zu machen. Trotzdem nicht selbst die ungetreue Wille des Feindes und des Volkes, den Kampf, wenn wir ihn fortzuwehen bezwungen werden, bis zum äußersten durchzuführen. Was endlich die Waffen rufen, hängt von Euren Hatten Willen, Eurer Feilschaft, Geduldhaftigkeit und Mannesgute des Vaterlandes und damit unter aller Zukunft ab. Schämt weiter unsere Helma! Das Vaterland ruft auf Euch! München, 6. Oktober 1918.“

Baden Großherzog an Prinz Max.

Auf das von uns bereits mitgeteilte Telegramm des Reichstagskanzlers an den Großherzog von Baden antwortete dieser wie folgt:

„Im Besitz Deines werten Telegramms mit der Mitteilung, daß Se. Majestät der Kaiser Dich mit meiner Zustimmung zum Kanzler des Deutschen Reiches ernannt hat, spreche ich Dir herzlichsten Dank für die warme vaterländische Empfindung aus, die Dich bei Deinem Entschluß geleitet hat. Dich zu in dieser ersten Schlüsselstunde das wichtige Amt übernehmen, ist ein Opfer, das von mir und meinem Land in seiner ganzen Größe bewertet wird. Schmerzt es das Opfer, das auch ich bringe, aber es war unabweisliche Pflicht im Interesse des Ganzen. Ich bin überzeugt, daß der Geist, in dem Du Dich der neuen großen Aufgabe widmet, die hefte Gewähr bietet für deren fruchtbarste und erfolgreichste Durchführung zum Wohle und für eine geordnete Zukunft unseres Reiches und damit auch unserer geliebten Heimat. Gottes reichster Segen begleite Dich, das ist der innigste Wunsch, den ich und mein Land Dir mit auf den Weg geben.“

Prinz Max an Graf Burian.

Burians Antwort.

Wien, 5. Oktober. (Mitteilung des Wiener A. R. Telegramm-Korrespondenten.) Reichstagskanzler Prinz Max von Baden richtete an den Minister des Äußeren Grafen Burian folgende Depesche:

„In der verantwortungsvollen Stunde, in der ich das mir übertragene Amt als Reichstagskanzler übernehme, drängt es mich, Eure Excellenz in dankbarer Erinnerung zu begründen. In unerlöschlicher Wollenswürdigkeit haben durch die Kriegsjahre die verbundenen Heere dem Antium unserer Feinde widerstanden. Die Kämpferinnen der Heere, der Rettungswilligen der Völker, die neue Zusammenarbeit unserer Regierungen werden uns mit Gottes Hilfe in einem sehr hohen Ziele führen. In diesem Sinne darf ich Eure Excellenz bitten, aus mir überaus erfreut Ihre besten Wünsche zu teilen.“

Graf Burian antwortete:

„Für die freundlichen vom Geiste der großen und schönen Zeit getragenen Worte, mit welchen Eure Großherzogliche Hoheit mich anlässlich Ihres Amtsantrittes zu begrüßen die Güte hatten, bitte ich meinen tiefempfundenen Dank entgegenzunehmen. Ich bitte Eure Großherzogliche Hoheit, versichert zu sein, daß all mein Denken und Trachten darauf gerichtet ist, in dem besten Vertrauen in Eueren Namen und in die bewährte Zusammenarbeit mit der fähigsten deutschen Regierung unsere bewundernswürdigen Heere und Völker sobald als möglich der Segnungen eines ehrenvollen, gerechten Friedens teilhaftig werden zu lassen.“

Wann ist Willsons Antwort zu erwarten?

Stellte Meinungen.

Berlin, 7. Oktober. Die Antwort des Präsidenten Willson auf den Friedensschritt der deutschen Regierung kann, wie der „Vol. Anz.“ schreibt, jede Stunde in Berlin eintreffen. Allerdings begegnet man in politischen Kreisen Meinungen, die eine so laune Entscheidung bezweifeln. Die Reichstagsabgeordneten haben sich darauf eingerichtet, daß das Plenum nicht sofort zusammentrete. Die Reichstagsliche Vollversammlung hielt gestern eine Fraktionsversammlung, die Nationalliberalen haben für heute eine solche anberaumt und das Zentrum für Donnerstag.

Der Reichstagskanzler hatte, wie verschiedene Mütter melden, gestern nachmittags eine Besprechung mit sämtlichen Staatssekretären.

Eine Lüge Mallinows.

Die Leistungen der Mittelmächte für Bulgarien.

Der bulgarische Ministerpräsident Mallinow soll gesagt haben, daß die Niederlage der bulgarischen Armee ihren Grund in der mangelhaften militärischen Unterstützung seitens der Mittelmächte habe. — Diese Behauptung ist laut „Vol. Anz.“ durchaus unangehörig. In Wahrheit haben die Mittelmächte nicht nur alle bulgarischen gegenüber übernommenen Verpflichtungen erfüllt, sondern vielmehr Truppen und Material nach Bulgarien geschickt, als vereinbart worden war.

Deutsches Reich.

Forderungen deutscher Redakteure.

Hannover, 6. Oktober. Der Reichsverband der Deutschen Presse hielt am Sonntag, den 6. d. M., in Hannover seine Delegiertenversammlung ab. Nach einer Anfrage des Vorsitzenden Chefredakteurs Marr-Berlin wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der Reichsverband der Deutschen Presse erklart in diesen ersten Tagen mehr denn je die Hauptaufgabe der deutschen Presse darin, den Blick auf die Aufgabenstellungen der deutschen Waffen, das Vertrauen auf die unerschütterliche Lebenskraft des deutschen Volkes und den freundlichen Opfermut und die begeisterte Hingabe jedes einzelnen an das Vaterland lebendig zu erhalten und zu festigen. Dieser Aufgabe kann die deutsche